

Ein „10-Punkte-Plan“ für den Fortgang der Energiewende

geschrieben von Admin | 2. Oktober 2025

Der von der Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche angekündigte und mit Spannung erwartete Monitoringbericht ist vor kurzem erschienen. Gleichzeitig dazu hat die Ministerin einen 10 Punkte-Plan herausgegeben, und da dieser Plan die Tätigkeit der Regierung für die nächsten Wochen (oder Monate ?) beschreibt, ist es von großem Interesse, sich mit diesem 10-Punkte-Plan zu befassen.

von Peter Würdig Dipl. Physiker

Den originalen Text des Plans findet man hier:

https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/J-L/klimaneutral-werden-wettbewerbsfaehig-bleiben.pdf?__blob=publicationFile&v=22

Der Titel heißt:

„Klimaneutral werden – wettbewerbsfähig bleiben“

Ja, das klingt wie ein frommer Wunsch, mich erinnert das an die bekannte Aufforderung „Wasch mir den Pelz, aber bitte, mach mich nicht nass!“ Und da wir in Deutschland schon einige Jahre nicht mehr wettbewerbsfähig sind kann man eigentlich nur fordern, wieder wettbewerbsfähig werden (und eben nicht „bleiben“).

Auch wenn man erste Ansätze wahrnimmt, dass die jetzige Regierung nun doch Bruchstücke der Realität der wirtschaftlichen Entwicklung zur Kenntnis nimmt, die „Klimaneutralität“ wird wie eine Mantra vor sich hergetragen und darf auf keinen Fall hinterfragt werden.

Weiter im Original:

„Die Energieversorgung ist ein zentraler Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft – sie steht für Verlässlichkeit, Stabilität und Belastbarkeit. Doch die Transformation hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung eröffnet komplexe Herausforderungen: Kosteneffizienz, Versorgungssicherheit und internationale Wettbewerbsfähigkeit müssen laufend neu austariert werden. Eine ehrliche Bestandsaufnahme ist unumgänglich.“

Das sind ja alles ganz richtige Feststellungen. Eine Frage muss man denn aber doch stellen, warum kommt die Feststellung, „Eine ehrliche Bestandsaufnahme ist unumgänglich.“ erst jetzt, 25 Jahre nach der Einführung der Planwirtschaft und dem Beschluss zum EEG ?

Die Zahlungsfähigkeit ?

„Insbesondere ist der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit von Industrie, Gewerbe und Haushalten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden.“

Auch ganz richtig. Aber warum hat man solange auf die Kosten nicht wirklich kritisch geschaut ?

Mehr Markt ?

„Der Weg zu nachhaltig bezahlbarer Energie benötigt mehr Markt, mehr Technologieoffenheit und Instrumente, die Innovationen fördern ...“

Wieso eigentlich nur „mehr Markt“, also eine Mischung aus Planwirtschaft und Anteilen von Marktwirtschaft ? Außerdem, die Energieversorgung, die wir vor den Einführung der Energiewende hatten, die war nicht nur bezahlbar, sie war auch nachhaltig. Und nun sollen Innovationen gefördert werden, aber die wichtigste Innovation, die braucht man nicht zu fördern, die haben wir längst, das ist die Erfindung der Dampfmaschine. Genau diese aber sollte abgeschafft werden, das Verbrenner-Verbot.

Deutlich verändern ?

Nach einer längeren Text-Passage, in der kritische Feststellungen nicht fehlen und klar ausgedrückt wird, dass der weitere Weg für die Energiewirtschaft deutlich verändert werden muss, wird ein Plan mit zehn Punkten vorgestellt. Wenn man nun die Aussagen für die weitere Organisation der Energieversorgung liest, dann frage ich mich, mit wem muss man eigentlich mehr Mitleid haben, mit den Bürgern des Landes, die einen zunehmenden Abstieg der Wirtschaft zu verkraften haben, oder mit den Regierenden, die diese Situation herbeigeführt haben und nun allmählich ängstlich wahrnehmen, wenn wir so weitermachen, wird die Sache kein gutes Ende nehmen.

Diese Regierenden merken, dass sie sich in eine Sackgasse manövriert haben und nun hilflos hin und her irren, es gibt zwar einen Ausweg aus der Sackgasse, aber der liegt etwas weiter rechts von der Sackgasse, und auch nur in diese Richtung zu blinzeln, das geht aus ideologischen

Gründen gar nicht. Und da im Monitoringbericht kritische Anmerkungen zum Zustand der Energiewende gemacht worden sind, kam aus der grünen Ecke ein deutliches Grollen, und in der Klima-Kirche empfindet man jede Kritik als eine Art von Gotteslästerung. Außerdem, wenn schon angedeutet wird, dass der Regen von Subventionen nicht mehr so üppig über das Land gegossen wird, dann müssen die Windmühlen-Barone fürchten, dass sie sich nicht mehr so hemmungslos die Taschen stopfen können, für eine Leistung, die im freien Markt niemand freiwillig annehmen würde, auch von da kommt Ärger.

Nun muss man **Katherina Reiche** daran messen, dass sie ja die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik von ihrem Vorgänger übernommen hatte, also **Robert Habeck**, dieser hatte ja stolz verkündet, dass Fortschritte beim Klimaschutz erreicht worden seien, da es ja gelungen war, erhebliche Teile der Industrie aus dem Land zu treiben oder in den Konkurs zu zwingen. So gesehen, das ist ihr Verdienst, kommen mit dem Monitoring-Bericht erste Ansätze, die bis jetzt Ergebnisse der Energiewende kritisch zu hinterfragen, und damit kommt nun also doch etwas von dem angekündigten „Herbst der Reformen“.

Die Frage ist aber, ob das, was in den zehn Punkten angekündigt ist, reicht, um die laufende De-Industrialisierung zu stoppen und umzukehren. Wirklich konkret angekündigt ist, Subventionen systematisch zu senken (also, die Subventionen bleiben, sie werden nur „systematisch gesenkt“) und eine Reduzierung im weiteren Ausbau von Offshore und sonst noch gelegentliche Mäßigung und Überprüfung. Der grundlegende Fehler jedoch, die Vorstellung, man könne ein Industrieland mit Wind und Sonne versorgen (von den 194 Ländern der UNO machen das 193 anders) bleibt unverändert erhalten und wird nicht hinterfragt. Die sog. „erneuerbaren Energien“ sind schon von sich aus sehr teuer. Man hat uns zwar gesagt, „die Sonne schickt keine Rechnung“, aber diese Energien sind auf eine große Landfläche verteilt, sie sind also sozusagen „dünn“, und für das Einsammeln bekommen die Betreiber hohe, durch das EEG festgelegte Vergütungen. Da die Erneuerbaren aber nur vom Wetter abhängig Energie liefern, braucht man, wie im 10-Punkte-Plan richtig festgestellt ist, die Grundlastkraftwerke, die die schwankende Energie laufend ausgleichen. Das waren bisher die Kernkraftwerke, da wurden die letzten schon von der Ampel-Regierung abgeschaltet und so schnell wie möglich zerstört, und die Kraftwerke auf Basis von Braunkohle und Steinkohle. Diese aber haben den Makel, dass sie CO₂ ausstoßen und damit angeblich das Klima beeinflussen. Das ist zwar eine Wahnvorstellung, CO₂ hat in Wahrheit keinen Einfluss auf das Wetter. Aber, da diese Vorstellung weiterhin gilt und man so den „Klimaschutz“ gewährleisten will, sollen die Reste der noch bestehenden Kohlekraftwerke schrittweise abgeschaltet und auch zerstört werden. Um die von den Erneuerbaren geschaffenen Lücken auszugleichen soll einerseits die „Nachfrageflexibilität“ gestärkt werden. Das gibt es schon, unbemerkt von der Öffentlichkeit werden stromintensive Betriebe zeitweilig von der Versorgung abgeschaltet, gegen entsprechende Vergütung, was natürlich auch zu einer Erhöhung des Strompreises führt. Dieses Verfahren kann man nicht sehr

viel weiter ausbauen, denn wenn auch Haushalte zeitweise vom Strom abgeschaltet werden, würde die Akzeptanz für die Energiewende restlos verloren gehen.

Insbesondere Gaskraftwerke ?

Weiterhin werden im Plan „Flexible Grundlastkraftwerke, insbesondere Gaskraftwerke“ genannt. Das ist schon ein Aberwitz, denn im bisherigen konventionellen Betrieb wurden Gaskraftwerke wegen der hohen Kosten nur für die Spitzenlast eingesetzt. Wenn nun Gaskraftwerke die fehlende Grundlastversorgung ersetzen sollen, dann kommen auf uns ungeahnte Kosten zu, und der jetzt schon zu hohe Preis für Energie würde weiter massiv in die Höhe getrieben. Die Folge ist, und das muss man klar im Auge haben, die De-Industrialisierung Deutschlands geht weiter mit desaströsen Folgen für den Wohlstand der Bürger und der Gefahr sozialer Unruhen.

Eine Kommentierung der einzelnen Punkte des Plans findet man hier: 10 Punkte Kommentar.pdf

Klimaschwindel von Präsident Trump vor der UN benannt – EIKE mahnte das von Anbeginn an

geschrieben von Admin | 2. Oktober 2025

Präsident Trump hat den Klimaschwindel (hoax) vor der UN vor den Augen der gesamten Welt entlarvt. Er sagte: „Der CO2-Fußabdruck ist eine Lüge, die von Menschen mit bösen Absichten erfunden wurde, und sie auf den Weg der totalen Zerstörung schicken.“ Und ferner sagte er, als er über den CO2-Fußabdruck von Obama berichtete, der in die Air Force One stieg, um eine Golfpartie im fernen Hawaii zu spielen: „Das ist Betrug, der extrem hohe Kosten verursacht...“ und „Egal, ob es wärmer oder kälter wird – was auch immer passiert, es ist der Klimawandel. Meiner Meinung nach ist das der größte Betrug, der jemals an der Welt verübt wurde. Klimawandel, egal was passiert, Sie sind daran beteiligt. Keine globale Erwärmung mehr, keine globale Abkühlung mehr. All diese Vorhersagen der Vereinten Nationen und vieler anderer waren falsch... Wenn Sie sich von diesem grünen Betrug nicht distanzieren, wird Ihr Land scheitern“

Von Redaktion

Und noch vieles, vieles mehr.

Abraham Lincoln: „Man kann das ganze Volk eine Zeit lang betrügen und einen Teil des Volkes die ganze Zeit, aber niemals das ganze Volk die ganze Zeit“

Nun kann man Trump nicht unterstellen, dass er ein Klimawissenschaftler ist, wie bspw. Richard Lindzen, oder vielleicht auch die Klimafolgenforscher Stefan Rahmstorf oder Hans-Joachim Schellnhuber. Nein, all das ist er nicht. Doch er hat einen gesunden Menschenverstand, dem man auf Dauer kein X für eine U vormachen kann, kennt die unsäglichen Prognosen, die ihm und allen anderen, von der „Klimawissenschaft“ immer und immer wieder vorgegaukelt wurden, und von denen keine einzige eintraf und hat kluge Berater. Das alles hat ihn dazu geführt, was er vor der UN aussprach.

Doch wie ist es hier? In Deutschland, oder in der EU?

Alles bleibt beim Alten! Deutschland erfüllt alle EU-Ziele. Ja, übererfüllt sie. Die EU fährt mit Volldampf ihren Green Deal ab. Doch die Schreckensnachrichten nehmen kein Ende, sondern jeden Tag zu. Wobei nicht so klar ist, aber eigentlich doch, was ist näher: Das drohende Ende der wirtschaftlichen Tätigkeit hierzulande, mit dem Rückfall der Menschen in die Armut des Mittelalters, oder die Erfüllung der Dekarbonisierung bis 2050, oder gar 2045, wie Deutschland es will. Es hat sogar diese Erfüllung in die Verfassung geschrieben.

Der Wind dreht sich, wird er zum Sturm?

Doch nun dreht sich der Wind. Vielleicht zu spät, vielleicht aber auch nicht. Und EIKE hat dies von Anfang an gewusst, und offensiv vertreten. Bswp. in Gestalt seines Vizepräsidenten.

Vom nunmehr, wegen seiner antisemitischen und linken Propaganda ins öffentliche Bewusstsein gerückte Jan Böhmermann, der, als er noch Gagschreiber von Harald Schmidt war, wenn auch eher unterbelichtet, nach Meinung dieser Redaktion, im Jahre 2009 Herrn Limburg zum Klimawandel befragte.

Es lohnt sich diese kurze Videosequenz anzusehen, aber auch die Kommentare dazu.

Die Talkshow bei PHOENIX

Kurze Zeit später, am 10.12.2010 wurde Limburg – das Erste und auch das letzte Mal – zu einer Talkshow beim ÖRR zu PHOENIX einladen. Der Moderator von PHOENIX, ein Herr Kähler musste 27 Leute anrufen, um sie gegen Limburg antreten zu lassen. Alle Angesprochenen -bis auf drei- sagten ab. Sie trauten sich nicht. Das hätte er noch nie zuvor erlebt, wie Kähler zu Limburg sagte. Doch schließlich wurde Prof. Bott gewonnen, ein Nachbar des Moderators aus Bonn.

Hier der Ausschnitt von Rainer Hoffmann mit mehr Infos, auch von anderen Teilnehmern

Und hier die gesamte Talkshow für den der sie sehen will

Und inzwischen machten fast alle Teilnehmer Karriere. Die grüne Zerstörung nahm so richtig Fahrt auf. Die Kathrin Henneberger ist inzwischen Bundestagsabgeordnete der Grünen, nach Zwischenstationen als Pressesprecherin von Ende Gelände, Attac etc. Und Severin Fischer (Institut für Europäische Politik), ist inzwischen promoviert und aktuell Ober-Bürgermeister Kandidat der SPD in Potsdam.

Und Prof. Dr. Andreas Bott? Was ist mit ihm heute. Wer weiß es?

Der schrieb Limburg im Anschluss nach der Veranstaltung, an **eine eMail (vom 14.12.2010)**

Sehr geehrter Herr Prof. Bott,
inzwischen ist der 3. Faktencheck
erschienen.<http://www.eike-klima-energie.eu/news-anzeige/phoenix-runde-teil-iii-kein-prima-klima-ist-die-welt-noch-zu-retten-ein-faktencheck/>

Da ich nicht ganz sicher bin, ob meine Mails Sie erreichen, bitte ich um eine kurze Bestätigung.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr

Michael Limburg

Vizepräsident EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie)

xxxxxxxxxxxx

...diese eMail am 14.12.2010 zurück

sehr geehrter herr limburg,

ich habe ihre emails erhalten, werde aber nicht weiter darauf reagieren.
im nachgang zur phoenix runde fiel mir erst richtig auf, wie die ganze

sache abgelaufen ist. sie waren zwar hoeflich, wie sie sagten, aber sie habe auch die ganze zeit gelogen, um medienwirksam rueberzukommen. sie wissen selbst, wann und wie oft sie gelogen haben. das kann und will ich ihnen nicht wiederholen. mir ist z.b. klar, dass es eine luege war, als sie sagten, sie selbst haetten mit unseren klimamodellen berechnet, dass die co2 erwaermung nur ein paar tausendstel grad bewirkt. sie wissen wahrscheinlich noch nicht einmal, in welcher programmiersprache ein klimamodell geschrieben ist. all das hat mich im nachhinein sehr geaergert. deshalb auch meine teilweise agressiven antworten auf emails ihrer kollegen.

ich habe daraus gelernt und stufe die klimaskeptiker community ein wie irgendwelche sekten, beispielsweise scientology, gefaehrlich und mit allen mitteln dagegen angehen ist mein motto. aber dies sicherlich nicht, indem ich auf irgendwelche dummen faktencheck geschichten von ihnen reinfalle.

ich finde es erschreckend, wie leichtfertig sie mit den mitmenschen und insbesondere der nachfolgeneration umgehen. und das alles nur, um in einem gnadenlosen verschwendertum weiterzuleben. das ist sehr sehr unchristlich und unmoralisch. ich verabscheue es. aber vielleicht wird man sie irgendwann einmal dafuer bestrafen. ich wuerde mich freuen. (Hervorhebungen hinzugefügt)

—

mit freundlichen gruessen,

andreas bott

p.s. ich wuensche keine weiteren emails mehr von ihnen.

Prof. Dr. Andreas Bott
Geschaeftsfuehrender Direktor
Meteorologisches Institut
Universitaet Bonn
xxxxxxxxxxxxxxxxxx

Limburg antwortete darauf wie folgt.

Sehr geehrter Herr Prof. Bott,

Sie werden keine weiteren Emails von mir erhalten, es sei denn ich muss auf irgendwelche Behauptungen und Anschuldigungen von Ihnen reagieren. Ich verkneife mir auch Ihre haltlosen Beschuldigungen öffentlich zu machen. (Anmerkung der Redaktion: Das gilt nun nicht mehr) Allerdings lasse ich mich von Ihnen auch nicht unwidersprochen der Lüge bezichtigen. Und das auch noch für alle meine Äußerungen. Deswegen haben wir den Faktencheck gemacht, damit jeder der möchte, sehen kann, was ist

richtig und was ist falsch. Gerade von Ihnen hätte ich eine wissenschaftlich begründete Aussage erwartet, aber keine wüste Beschimpfung. Niemand ist unfehlbar, Sie nicht und meine Kollegen und ich auch nicht.

In jedem Teil des Faktenchecks war der Mitschnitt der Sendung enthalten. Sie hätten also locker überprüfen können, ob ich das Wort Klima-Modell überhaupt bei dieser Bemerkung in den Mund genommen habe. Das habe ich nicht, und somit auch nie behauptet. Ich habe nur festgestellt, dass wir diesen Wert berechnet haben. Um zu diesem Rechenergebnis zu kommen, benötigt man kein Modell, egal in welcher Programmiersprache. Nur einen simplen Dreisatz. Das Ergebnis mag um einige Prozente daneben liegen, die Größenordnung stimmt, und ist auch nicht schlechter oder weniger gut begründet als Ihre Modelle. Das wissen Sie sicher auch ganz genau. Und der Weg dahin ist dargestellt.

Noch ein Wort zu Ihrem letzten Absatz. Er enthält blanken Hass und ist höchst verräterisch. Sie klingen darin wie ein moderner Savonarola. Merken Sie das nicht? Eine höchst gefährliche Grundeinstellung für einen Wissenschaftler. Nicht umsonst betrachten viele aufgeklärte Zeitgenossen, die Klimahysterie als neue Religion. Sie liefern leider – und das muß ich bei allem Respekt Ihnen gegenüber sagen- die beste Bestätigung für diese These.

Würden wir uns über Ressourceneffizienz oder Umweltschutz unterhalten haben, besäßen wir bestimmt viele Gemeinsamkeiten, aber Klimaforschung ideologisch religiös motiviert – sozusagen als Vorwand für andere Absichten- zu betreiben, davor sollten wir uns hüten. Mit Wissenschaft hat das jedenfalls nicht zu tun.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr

Michael Limburg

Vizepräsident EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie)

xxxxxxxxxxx

<http://www.eike-klima-energie.eu/>

Diese eMail wurde von seinem Account gesperrt. Über Dritte erreichte sie ihn dennoch.

Und nun können Wetten abgeschlossen werden: Versinkt dieses Land in die Armut des Mittelalters, auch wenn man all die anderen Probleme betrachtet, die eindeutig vorhanden sind, aber von keiner Regierung angegangen werden, oder gewinnt die Vernunft, all das, aber insbesondere den „Klimaschutz“ sehr kurzfristig auf den Müllhaufen der Geschichte zu schmeißen?

Wer wettet? Und wen ja zu welchem Verhältnis!

1. Österreichischer Professor: Leugner der globalen Erwärmung sollten hingerichtet werden

Von Antony Watts. Richard Parncutt, Professor für systematic Musicology an der Universität Graz zufolge sollten Menschen wie Watts, Tallbloke, Singer, Michaels, Monckton, McIntyre und ich selbst (es sind zu viele, um sie alle zu nennen) hingerichtet werden. Obwohl er sagt, dass dies seine „persönlichen Meinungen“ seien, sind sie auf der Website der Universität gelistet.
<http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/oesterreichischer-professor-leugner-der-globalen-erwaermung-sollten-hingerichtet-werden/>

Phoenix Runde Teil I: „Kein prima Klima – Ist die Welt noch zu retten?“ Ein Faktencheck!

<https://eike-klima-energie.eu/2010/12/11/phoenix-runde-kein-prima-klima-ist-die-welt-noch-zu-retten-ein-faktencheck-teil-i/>

Phoenix Runde Teil II: „Kein prima Klima – Ist die Welt noch zu retten?“ Ein Faktencheck!

<https://eike-klima-energie.eu/2010/12/12/phoenix-runde-teil-ii-kein-prima-klima-ist-die-welt-noch-zu-retten-ein-faktencheck/>

Phoenix Runde Teil III: „Kein prima Klima – Ist die Welt noch zu retten?“ Ein Faktencheck!

Phoenix Runde Teil III: „Kein prima Klima – Ist die Welt noch zu retten?“ Ein Faktencheck!

Energiewende – ist der Point of no Return überschritten?

geschrieben von Admin | 2. Oktober 2025

Ein Essay über Kosten, Illusionen und Grenzen des politischen Willens in der deutschen Energiepolitik. Ist eine rechtzeitige Rückkehr zur Vernunft noch möglich?

Manfred Haferburg

Bei jedem Start eines Flugzeugs gibt es einen „Punkt ohne Umkehrmöglichkeit – Point of no return“. Das Flugzeug rast mit ständig steigender Geschwindigkeit über die Startbahn und erreicht den Moment, von dem an es keine andere Option mehr gibt, als in die Luft abzuheben oder zu zerschellen, da der Rest der Startbahn für andere Manöver nicht mehr ausreicht. Die Idee des „Point of no return“ ist für viele dynamische Prozesse anwendbar.

Das Gedankenmodell „PonR“ gilt auch für die Energiewende. Insbesondere deshalb, weil die deutsche Politik seit 25 Jahren absichtsvoll auf diesen Punkt hinarbeitet. Es wurden die Kernkraftwerke nicht nur abgeschaltet, sondern sie werden absichtsvoll zerstört. Am 25. Oktober werden wieder Kühltürme, diesmal in Gundremmingen, gesprengt. Dies gilt auch für viele Kohlekraftwerke, man denke nur an die Sprengung des funkelneuen Kraftwerkes Moorburg bei Hamburg. Die Zerstörungen wurden absichtsvoll von der Politik eingeleitet, obwohl kein Ersatz für die zerstörten Anlagen in Sicht war. Es ging darum, den Rückweg zu verunmöglichen – um den *Point of no return*. Begleitet wurde die absichtsvolle Zerstörung der Kraftwerke vom Aufbau eines Verhaues an Gesetzen, deren Absicht es war, jegliche Umkehr zu verunmöglichen.

Nun haben wir eine unhaltbare Situation. Jedes zweite Kraftwerk in

Deutschland ist zerstört, und die Zerstörung wird planvoll und systematisch immer weiter vorangetrieben. Wer's nicht glaubt, kann im „Kohleverstromungsbeendigungsgesetz“ nachschauen. Spätestens im Jahre 2036 soll das letzte Kohlekraftwerk vernichtet sein.

Dafür will die Politik nun einen völlig neuen Back-Up-Kraftwerkspark von 71 neuen 500-MW-Gaskraftwerken (35,5 GW) bauen lassen, der bei Flaute und Dunkelheit die Stromversorgung übernehmen soll. Doch auch die sollen 2045 verschrottet werden, da von da an nur noch eine Vollversorgung durch „erneuerbare Energie“ erlaubt sein soll. Dazu sollen bis 2045 die Zahl der Windkraftwerke und Sonnenpaneele verzehnfacht werden. Statt heute 30.000 Windräder wären das dann 300.000, praktisch auf jedem Quadratkilometer Deutschland eines. Und statt 30 Millionen Solarpaneele sollen dann 300 Millionen in der Sonne glitzern. Das ist so gaga, darauf kann nur ein Politiker kommen.

Das Problem der 20-Jahres-Verträge

Vielen Menschen ist eines nicht klar: Wenn heute, im Jahre 2025, ein Windrad zugelassen wird, dann zahlen Sie bzw. Ihre Kinder die enormen Subventionen im Jahr 2045 immer noch, weil die Subventionszusage 20 Jahre gilt. Das staatliche Subventionsversprechen ist ein Vertrag, der nicht einseitig vom Staat einfach so aufgekündigt werden kann. Der Windrad- oder Solarinvestor hat nämlich im Vertrauen auf die staatlich garantierte Subvention investiert. Der Staat hat praktisch mit ihm einen Vertrag zu Lasten Dritter geschlossen. Und, liebe Steuerbürger – dieser Dritte sind Sie und Ihre Kinder.

Machen wir mal ein Beispiel. Ein modernes 7-MW-Windrad zu bauen, kostet ca. 7 Millionen Euro. Die Wartung und Instandhaltung über 20 Jahre vielleicht 3 Millionen Euro. Mit der Genehmigung verpflichtet sich der Staat für 20 Jahre zur Zahlung aller Subventionen, was eine Summe von bis zu 40 Millionen Euro ausmacht. Der Gewinn abzüglich Investition und Wartung beträgt für eine Windkraftanlage über die 20 Jahre bis zu 30 Millionen Euro, staatlich garantiert und unkündbar. Ich würde solche Gewinnspannen als sittenwidrig bezeichnen. Selbst wenn morgen das EEG abgeschafft würde, dann wären alle bisher abgeschlossenen Verträge weiter gültig, bis ihre 20-Jahres-Frist abgelaufen ist.

Im Jahre 2025 wurden 2.405 Windenergieanlagen genehmigt. Daraus ergeben sich bis zum Jahr 2045 Zahlungsverpflichtungen in Höhe von über 70 Milliarden Euro, welche die Bürger berappen müssen. Dazu kommen die 2.400 Genehmigungen aus 2024 mit den 70 Milliarden Kosten bis 2044. Überlegen Sie mal: Deutschland hat derzeit über 30.000 Windenergieanlagen, die alle diese Subventionen bekommen. Bei einigen gehen die 20 Jahre zu Ende – dann werden sie stillgelegt, weil sie ohne Subventionen nicht wirtschaftlich arbeiten. Dann braucht der Betreiber nur noch den Konkurs anzumelden und jemand anderes muss den Rückbau bezahlen.

Bei der ganzen Betrachtung haben wir die Solaranlagen noch gar nicht einbezogen. Mit diesen enormen Zahlungsverpflichtungen ist Deutschland natürlich schon sehr weit in die Energiewendesackgasse hineingefahren.

„Nur noch ein bisschen mehr vom Selben“

Die Energiewende in ihrer heutigen Form ist bereits gescheitert. Der Kadaver wird nur noch künstlich mit Unmengen von geborgtem oder dem Bürger abgepressten Geld, mit einem Tsunami von Propaganda und mit ständigem Stromimport an seinem Zombie-Leben erhalten. Eine Wunderwaffe zur Rettung der Energiewende, eine sinnlose Korrekturmaßnahme jagt die andere. Eine Durchhalteparole von Professor Volker Quaschnig jagt eine andere von Professor Harald Lesch und wieder eine andere von Professorin Claudia Kemfert: „Nur noch ein bisschen mehr vom Selben, nur noch ein paar Milliarden, dann sind wir die Vorreiter, die Technologieführer, und der Strom wird ganz, ganz billig und ganz sicher sicher.“ Leider gingen inzwischen mehr als 50.000 Unternehmen in den Konkurs, eine halbe Million Arbeitsplätze löste sich in Luft auf und mehrere tausend Firmen flüchteten vor hohen Strom und Lohnkosten ins Ausland.

Wir stehen heute vor den Trümmern einer Illusion – und vor der Pflicht, sie endlich als solche anzuerkennen. Doch das ist schwierig, wenn nicht unmöglich. Welcher Politiker soll sich aus der Deckung wagen und sagen: „Sorry, wir haben die Energiewende verkackt und das ganze Geld haben jetzt andere. Ach, und ganz nebenbei sind wir in Eurem Namen enorme Zahlungsverpflichtungen eingegangen, die noch von Euren Kindern abgetragen werden müssen. Sorry, war halt nur so eine Idee“.

Vielleicht kann die Politik es noch ein bisschen vor sich herschieben, aber es kommt mit Sicherheit auf eine der nächsten Regierungen zu. Das wird schmerzhaft sein. Der ganze Unmut der Bevölkerung wird die dann amtierenden Politiker treffen, auch wenn sie es womöglich gar nicht verursacht haben. Die Altmaiers, Trittins und Habecks haben sich dann längst unter Mitnahme Ihrer fürstlichen Pensionen aus dem Staub gemacht.

Deutschland hat mehr als fünfzig Prozent seiner konventionellen Kraftwerksinfrastruktur zerstört. Atomkraftwerke sind im Rückbau, Kohlekraftwerke gesprengt, Gaskraftwerke unterinvestiert. Die Rückkehr zu einem steuerbaren, bezahlbaren und wettbewerbsfähigen Energiesystem ist kurzfristig technisch ausgeschlossen, unbezahlbar und bis auf Weiteres politisch unerwünscht.

Die deutsche Energiewende ist kein Klimaprojekt, sondern ein geopolitischer Selbstversuch

Der sogenannte *Point of no return* ist überschritten. Die Energiewende ist damit nicht mehr optional, sondern alternativlos – allerdings unter Bedingungen, die bislang nicht erfüllt sind, die noch nicht einmal benannt werden dürfen.

Und das alles in einem Land, das nur 1,6 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verursacht. Selbst eine vollständige Dekarbonisierung hätte keine messbare Wirkung auf das Weltklima, solange die großen Emittenten – China, Indien, Russland, die USA – ihre eigenen Pfade verfolgen. Wir zerstören unsere Industrie, und die chinesische Führung lacht sich ins Fäustchen. Indien handelt mit Russen-Öl, und Trump verkauft uns sein LNG zu überhöhten Preisen. Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Der Kernkraftausstieg machte die Erreichung der sogenannten Klimaziele unmöglich. So emittiert Deutschland nach 25 Jahren Energiewende achtmal so viel CO₂ pro Kilowattstunde wie sein Nachbarland Frankreich und landet in puncto CO₂-Emissionsfaktor auf dem vorletzten Platz in Europa – vor Polen. Wer also fragt, ob das sinnvoll ist, verdient keine moralische Belehrung, sondern eine ehrliche Antwort.

Je nach Studie und Szenario schwanken die Schätzungen der Kosten für die Energietransformation zu „Zero CO₂“ bis 2045 zwischen 3,5 und 5,4 Billionen Euro. Finanziert nicht durch „staatliches Geld“, denn der Staat hat keines. Sondern durch Steuern, Schulden und stille Enteignung.

Auch die Strompreise müssen deshalb in Deutschland immer weiter steigen. Für Haushalte werden 50 bis 60 Cent pro Kilowattstunde erwartet, für die Industrie etwa 20 bis 30 Cent – sofern nicht subventioniert. Der „Industriestrompreis“ von sechs Cent ist eine staatlich simulierte Illusion, finanziert durch Umverteilung. Ein Placebo gegen Deindustrialisierung.

Die Energiewende macht Deutschland zum Verlierer in der globalen Welt. Während Deutschland seine Industrie mit teurem Strom stranguliert, setzen andere Länder auf billige Energie und strategische Rohstoffpolitik.

Dies soll durch einen „Carbon Border Adjustment Mechanism“, auf Deutsch: CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ausgeglichen werden. Es handelt sich um ein Klimaschutzinstrument der Europäischen Union, das seit Oktober 2023 in der Übergangsphase läuft und ab 2026 voll greift. CBAM soll bei der Umsetzung des „Green Deals“ der Frau von der Leyen verhindern, dass Unternehmen ihre Produktion in Länder mit laxeren Klimaschutzregeln verlagern – das sogenannte „Carbon Leakage“. Gleichzeitig soll es faire Wettbewerbsbedingungen schaffen, indem Importe aus Drittstaaten mit einem CO₂-Preis belegt werden, der dem EU-Emissionshandel entspricht. CBAM soll Wettbewerbsverzerrungen ausgleichen – doch es kann gar nicht funktionieren, da die „Nichtmitmacher“ außerhalb des europäischen Regelraums stehen und weit in der Überzahl sind. Zwang ist völkerrechtlich unmöglich, und daher bleibt der Einfluss auf den globalen Wettbewerb marginal. Deutschland bleibt der Verlierer im internationalen Wettbewerb, wenn es die selbstmörderische „Green Deal“-Politik und seine Energiewende fortsetzt.

Ohne massive Kurskorrektur implodiert die Energiewende

Man kann nicht alles gleichzeitig haben. Die Konstruktion der Energiewende scheitert an ihren inneren Widersprüchen. Man verspricht gleichzeitig die technologische Führerschaft, eine hohe Versorgungssicherheit und eine gute Wettbewerbsfähigkeit. Doch diese Ziele widersprechen sich strukturell. Wer Versorgungssicherheit will, zahlt hohe Systemkosten. Wer Führerschaft will, muss investieren. Wer Wettbewerbsfähigkeit will, muss subventionieren.

Wenn sich die Deutsche Politik in Sachen Energiewende nicht bald ehrlich macht und ganz massiv umsteuert, dann droht keine einfache Kurskorrektur mehr, sondern eine systemische Implosion: Schon in den nächsten Jahren drohen erhebliche Versorgungslücken durch fehlende Speicher und Back-up-Kraftwerke. Es kann zu rollierenden Gebietsabschaltungen wie in Südafrika kommen, und es drohen angebotsabhängige Stromtarife, welche die Verbraucher dazu zwingen, ihr Leben wie im Mittelalter nach dem Vorhandensein von Wind und Sonnenschein zu gestalten.

Die Deindustrialisierung nimmt durch nicht wettbewerbsfähige Strompreise weiter an Fahrt auf. Es kommt zu sozialen Verwerfungen durch Energiearmut und steigende Belastungen des Mittelstandes, der immer weiter verarmt. Deutschland macht sich international lächerlich, und es kommt zu klimapolitischer Irrelevanz, weil eben Deutschland allein nichts bewirken kann. Dies wird zu einem Energiewende-Narrativkollaps führen, der das Vertrauen in Politik und Klimaschutz irreparabel beschädigt

Doch die Folgen reichen tiefer – sie betreffen den inneren Zustand der Republik: Wer eine Energieversorgung wie in Äthiopien anstrebt, bekommt auch Zustände wie in Äthiopien. Es kommt zu massivem Wohlstandsverlust, da die Mittelschicht die Hauptlast trägt. Dies wiederum führt zur weiteren Spaltung der Gesellschaft. Die Klimapolitik wird zum Symbol für Elitenferne und damit zum Verlust an demokratischer Bindung – die Entfremdung wächst. Es kommt zu einem Verlust an Zukunftsglauben, denn wenn die Energiewende scheitert, scheitert das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Politik.

Die Energiewende wird dann nicht als technisches Versagen erinnert, sondern als politisches Trauma – ein kollektiver Irrtum, der Wohlstand, Zusammenhalt und Selbstvertrauen untergraben hat.

Auch die Umkehr wird schmerzhaft und teuer

Die deutsche Energiewende ist gescheitert und bedarf dringend einer Umkehr zur Vernunft. Dazu muss die Politik ihre Zielillusionen aufgeben und stattdessen eine massive Zielkorrektur durchführen. Es bedarf der Technologieoffenheit statt der bisherigen Energie-Freund/Feind-Dogmatik.

Es bedarf einer vernünftigen Industriepolitik statt Strompreisplacebos. Und es bedarf einer globale Koordination statt moralischer Alleingänge.

Konkret heißt das, die Zero-CO2-Politik aufzugeben. Es bedeutet, ein sofortiges Moratorium des „Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes“, eine Novellierung des Atomgesetzes zu beschließen und zur Kernenergie zurückzukehren. Vielleicht lässt sich ja das eine oder andere Kernkraftwerk noch retten. Wir müssen Fracking erlauben und eventuell CCS einsetzen.

Es heißt auch die sofortige Abschaffung des EEG und jeglicher neuer Subventionierung von Wind, Solar und E-Autos. Wir müssen schon für die bisherigen viel zu viel bezahlen.

Wir müssen dafür sorgen, dass auch die Erneuerbaren an den Systemkosten beteiligt werden, die ja hauptsächlich durch sie verursacht werden.

Und es muss wieder eine angst- und ideologiefreie Diskussion über eine vernunftbasierte langfristige Energiestrategie zugelassen werden. Nicht „99 Prozent der Wissenschaftler“ oder die „Mietprofessoren“ Quaschnig, Lesch und Kemfert haben recht, sondern es müssen auch die gehört werden, die am Narrativ zweifeln. Wir kommen nicht mehr ungeschoren aus der Energiewendemisere heraus.

Wenn wir bereit sind, ihre Widersprüche offen zu benennen und die Illusionen zu beenden, dann können wir aber noch den Kollaps vermeiden und das Tal der Tränen in einigen Jahren friedlich durchqueren. Ohne diese Kurskorrekturen bleibt die Energiewende eine teure Selbsttäuschung mit global irrelevanter Wirkung – und zu einem nationalen Selbstschaden, den kommende Generationen nicht als Fortschritt, sondern als Mahnmal begreifen werden.

Kürzlich rief mich ein guter Freund aus Bayern angesichts dieser von mir geschilderten Lage an und fragte: „Sollen wir unseren Hof verkaufen und ins Ausland flüchten?“

Nein, mein lieber bayrischer Freund, Du sollst Deinen geliebten Hof nicht verkaufen und mit den Deinen in fremde Länder fliehen. Bleibe lieber dabei, an meiner Seite Deine Stimme gegen Unvernunft und Ideologie zu erheben. Bleibe dabei, Deinen bayrischen Politikern ein Stein im Schuh zu sein. Deutschland geht nicht unter. Es wird vielleicht ärmer sein. Und ja, Energie wird ein knappes Gut sein. Aber es wird in Bayern noch lange heißen: „O'zapft is“.

Zum Thema kürzlich von Manfred Haferburg und Klaus Humpich

erschienen: Atomenergie – jetzt aber richtig. Das Nachwort stammt von dem Wissenschaftsphilosophen Michael Esfeld. Sie können das Buch hier in unserem Shop bestellen.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Energiemangel und Armut: Was die Ideologen verdrängen

geschrieben von Admin | 2. Oktober 2025

Energiemangel bedeutet Armut. Ein Grundsatz, den vor allem deutsche Ideologen verdrängen. Anstatt langfristig zu planen, zerstören sie die Grundlage des europäischen Wohlstands. Manfred Haferburg zeichnet darin „Energiepolitik und Ideologie“ gelingende und zum Scheitern verurteilte Energiepolitik nach.

von Manfred Haferburg

Wenn Astronauten bei Nacht von der ISS aus auf die Erde blicken, bietet sich ihnen ein beeindruckendes Bild. Sie sehen ein Lichtermeer, die Umrisse der Kontinente voller Licht und die riesigen Lichterinseln der Megastädte.

Aber sie sehen auch einen dunklen Kontinent. Afrika verfügt nicht einmal über genug Energie, um die Nacht zu beleuchten, geschweige denn, um industrielle Landwirtschaft und Produktion zu gewährleisten. Trotz seiner Ressourcen ist Afrika arm – und diese Armut ist eine direkte Folge des Energiemangels. Wer nicht genug Energie hat, der kann nicht effektiv pflügen, säen, düngen, bewässern, ernten, transportieren, verarbeiten, kühlen, lagern, verteilen und verkaufen. Eine industrielle Produktion ohne auskömmliche Energie existiert nicht.



In Afrika herrscht, abgesehen von einigen wenigen Standorten wie Südafrika, das energetische Mittelalter. Wo Energiemangel herrscht, können die Grundbedürfnisse der Menschen nur unzureichend befriedigt werden. Es kommt zu Wassermangel, Hungersnöten, Seuchen, Krisen, Kriegen und Gewalt, die Gesundheitsfürsorge ist mangelhaft, Gesellschaften sind instabil und korrupt, die Menschen fliehen.

Dieses Problem strahlt unmittelbar nach Europa aus: Wer die Migration begrenzen will, sollte den Afrikanern dabei helfen, ihre Energieversorgung zu verbessern. Aber das ist jenen, die gerade die eigene funktionierende Energieversorgung nachhaltig zerstören, wohl nur schwer zu vermitteln.

Die Grundlage des menschlichen Fortschritts und Wohlergehens ist die Verfügbarkeit von Energie. Je mehr Energie einer Gesellschaft zur Verfügung steht, desto besser ergeht es ihren Mitgliedern. Kein Wunder,

dass Energie im Wettbewerb der Systeme eine führende Rolle spielt. Und ebenfalls kein Wunder, dass der Zugang zu Energie zum Macht- und Kampfmittel, ja zum Gegenstand von Ideologien und Kulturen wurde.

Mit Energie wurde und wird Politik gemacht, kurz- und langfristig, außen und innen. Kluge Politiker arbeiten an langfristigen Energiestrategien, dumme Politiker arbeiten mit ideologischen Energiedoktrinen. Eine falsche Energiestrategie kann eine Gesellschaft in den Untergang führen.

Energiepolitik kann nur langfristig gedacht werden. Ein Kraftwerk zu bauen, dauert länger als eine Wahlperiode. Dann kann es 16 Wahlperioden lang Strom erzeugen. Mit dem Abschalten und der Zerstörung der letzten Kernkraftwerke hat Habeck Tatsachen geschaffen, die auf Jahrzehnte nach seinem Ausscheiden aus der Politik das gesellschaftliche Wohlergehen der Deutschen negativ beeinflussen werden. Das heutige europäische Stromnetz zu bauen, dauerte mehr als einhundert Jahre. Dann kamen die politischen Dilettanten und wollten es auf den Kopf stellen. Nun wundern sie sich, dass es Unsummen kostet und viel länger dauert, als sie es mit ihren Boostern und Doppelwummsen planten.

Bei solchen Infrastrukturprojekten erweisen sich ideologisch motivierte Eingriffe stets als verheerend. Leider verstehen Ideologen das nicht. Auf sie trifft das Dunning-Kruger-Phänomen zu: Menschen mit geringer Kompetenz neigen dazu, ihre Fähigkeiten zu überschätzen – und sind gleichzeitig weniger dazu in der Lage, ihre eigenen Fehler zu erkennen.

Untersucht man die Energiepolitik der großen Wirtschaftsmächte, dann erkennt man, dass erfolgreiche Staaten eine langfristig konsistente Energiepolitik pflegen. Besonders aufstrebende Staaten konzentrieren ihre Energiepolitik auf die effiziente Nutzung aller möglichen Energiequellen und bauen ihre Energiesysteme systematisch mit Weitblick aus.

Ehemals erfolgreiche Staaten wie Deutschland hingegen trudeln mit irrationaler Energiepolitik dem wirtschaftlichen Abgrund entgegen.

Am Beispiel zweier völlig entgegengesetzter Energiestrategien, nämlich der russischen und der deutschen, lassen sich die Energiepolitik und ihre Folgen für die Gesellschaft etwas näher illustrieren:

Lenins berühmte Formel „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“ stammt aus einer Rede vom 22. Dezember 1920 vor dem VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongress. Sie brachte eine Vision für den Aufbau eines kommunistischen Staates auf den Punkt – und war viel mehr als ein technokratischer Slogan. Sie war die Basis einer Strategie, die Russland seit mehr als 100 Jahren einhält.

Am 3. Juli 2020 hielt der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier (CDU) eine denkwürdige Rede im Deutschen Bundestag. Er sagte wörtlich: „Wir sind das einzige Industrieland dieser Größe, das gleichzeitig aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie und dann aus

der Nutzung der Kohleverstromung aussteigt. Das sind die historischen Aufgaben und die Leistung, die wir zu vollbringen haben.“ Mit sehr viel gutem Willen könnte man diese törichte Aussage auch eine Energiestrategie nennen. Aber das wäre dann eine Strategie, die das Tor zur Deindustrialisierung öffnet und den Weg ins energetische Mittelalter freigibt – mit allen Folgen, die wir in energiearmen Ländern sehen. Und das wäre ja schon nahe an einer Verschwörungstheorie.

Langfristige Strategien: Energiepolitik braucht einen langen Atem

Wie sieht pragmatische Energiepolitik konkret aus? Manfred Haferburg zeichnet im Dreiteiler „Energiepolitik und Ideologie“ gelingende und zum Scheitern verurteilte Strategien nach. Im zweiten Teil: Das Beispiel Russland – langfristige Energiepolitik über unterschiedlichste politische und wirtschaftliche Systeme hinweg. | Gushchin Ivan

Vielleicht ist es ja eine menschliche Schwäche, die guten Dinge im Leben so lange für selbstverständlich zu halten, bis sie eines Tages eben nicht mehr selbstverständlich sind. Was schert uns unsere Gesundheit, solange wir nicht krank sind? Was schert uns die Energiepolitik, solange der Strom aus der Steckdose kommt?

Es gibt Länder, wo weitsichtige Politiker durchaus für eine langfristige, ja generationenübergreifende Energiestrategie zum Wohle ihrer Bürger sorgen. Meist handelt es sich dabei um Länder, die es erst noch zu besserem Wohlstand bringen wollen, wie zum Beispiel China oder Indien. Auch Russland gehört schon sehr lange zu diesen Ländern.

Russlands Politik fährt seit Generationen eine Energiestrategie, die selbst unter verschiedenen Gesellschaftsmodellen nach und nach zum systematischen Aufbau einer soliden Energieversorgung führte. Man kann dies anerkennen, ohne die sonstige Politik der Sowjetkommunisten oder ihrer Nachfolger für richtig zu halten. In ihrer Energiestrategie sind sie uns haushoch überlegen.

Lenins berühmte Formel „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“ stammt aus einer Rede vom 22. Dezember 1920 vor dem VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongress. Sie brachte seine Vision für den Aufbau eines kommunistischen Staates auf den Punkt – und war viel mehr als ein technokratischer Slogan. Sie war die Basis einer Strategie, die Russland seit mehr als 100 Jahren klug einhält und die zu Energieunabhängigkeit und gesunder Energieversorgung mit ausgewogenem Strommix geführt hat. Lenin sah die Elektrifizierung als Schlüssel zur Modernisierung und Industrialisierung. Russland war damals ein agrarisch geprägtes, rückständiges Land.

Ohne flächendeckende Elektrizität wäre kein Fortschritt möglich – weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich. Das war ziemlich visionär – und auch ziemlich pragmatisch. Auf dem Gebiet der Energiewirtschaft waren die Bolschewiken keine Ideologen. Sie wollten die Weltherrschaft. Dafür brauchten sie jeden Zipfel Energie, den sie kriegen konnten.

Es dauerte viele entbehrungsreiche Jahre, um dem Ziel näher zu kommen. Rückschläge mussten verkraftet werden, Irrtümer und Fehler korrigiert. Aber immer wurde versucht, die energetische Basis des Herrschaftsbereiches zu diversifizieren, auszubauen und zu modernisieren. Kein Russe käme auf die Idee, irgendwelche Energieträger plötzlich als Teufelszeug zu definieren und daraus „auszusteigen“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde für die Russen in den ostdeutschen Betrieben der SDAG-Wismut das reichhaltige Uranerz Ostdeutschlands aus dem Boden gekratzt. SDAG hieß: „Sowjetisch-Deutsche-Aktien-Gesellschaft“. So etwas durfte es im Sozialismus eigentlich gar nicht geben. SDAG bedeutete: Die Deutschen scharren das reichhaltige Uranerz aus dem Boden. Die Russen verplombten die mit Uranerz gefüllten Güterwaggons und karrten sie nach Sibirien, wo das Uranerz im Moment ungenutzt in Täler verfüllt wurde, für später. Dieser eigentlich skandalöse Vorgang gehörte zur sowjetischen Energiestrategie, nach dem auch für Russland verheerenden Zweiten Weltkrieg eben mit den Mitteln kolonialer Ausbeutung.

Russland war und ist selbst reich an energietragenden Bodenschätzen. Es besitzt riesige Gas- und Ölfelder, die sogar gewaltige Energieträger-Exporte erlaubten. Diese konnten aber ebenfalls strategisch genutzt werden – indem man die Importländer von sich abhängig machen und dabei noch reich werden konnte. Die Russen setzten von Anfang an auf einen Strommix, der auch Kernenergie mit einschloss. Dass es dabei in der totalitären Sowjetunion zu Rückschlägen kommen musste, war eigentlich vorhersehbar. 1987 explodierte der RBMK-Reaktorblock 4 und eine radioaktive Wolke breitete sich – Panik erzeugend – über Europa aus. Wenn einige Deutsche wüssten, was ein RBMK-Reaktor ist, würden sie vielleicht ihre Anti-Atomhaltung anders bewerten.

Ein „Reaktor großer Leistung mit Kanälen“ ist die verständlichste Übersetzung von RBMK. Dieser Reaktor war eine Missgeburt des Kalten Krieges. Ursprünglich war die Monster-Konstruktion zur Erzeugung von Waffenplutonium für die sowjetischen Atombomben ersonnen worden. An den ersten RBMK-Reaktor hatte man gar keine Turbine angeschlossen, sondern einfach einen Fluss aufgeheizt. Später hatten die Russen genug Atombomben und die RBMK-Konstruktion wurde zur Stromerzeugung umgenutzt. Beim RBMK gab es kein Druckgefäß für den Reaktorkern, über 1000 Rohre waren zusammengeschaltet, in denen die Brennelemente vor sich hin kochten und Wärme erzeugten. Hatten sie die höchste Anreicherung von Plutonium erreicht, konnten sie während des Betriebes aus dem Reaktorrohr entnommen werden, um der Plutoniumextraktion zugeführt zu werden.

Der RBMK hatte kein Schutzcontainment, er stand in einer einfachen Maschinenhalle. Ein riesiger Ring von brennbaren Graphitbausteinen übernahm die Moderation. Kurz gesagt: Der RBMK hatte mit einem kommerziellen Kernreaktor so viel zu tun, wie eine Straßenbaumaschine mit einem PKW. Es kam, wie es kommen musste – 1987 flog einer der 17

RBMKs in die Luft.

Wären die russischen Eliten so dumm gewesen, wie der Westen über sie dachte, hätten sie sich fragen können: „Wir haben Gas für die nächsten 500 Jahre, warum sollen wir uns mit der Atomenergie rumärgern?“ Diese Frage stellte sich in Russland umso schärfer nach Tschernobyl. Aber die Nuklearkatastrophe in Russland führte nicht zu einer Anti-Atomhaltung in Russland, sie wäre auch gar nicht erlaubt worden.

Der explodierte Reaktor in Tschernobyl führte in den energiegelassen Ländern des westlichen Europa zu einer nachgerade totalitär auftretenden linken Anti-Atom-Bewegung. Dass gerade die Linken plötzlich zu leidenschaftlichen Atomkraftgegnern wurden, erstaunt schon ein wenig. Hatte doch der Atomunfall von Tschernobyl in einem sozialistischen Land stattgefunden, welches Linke als ihr Ideal ansahen. Die Russen beobachteten den westlichen Protest mit einem verschmitzten Lächeln und unterstützten ihn unauffällig, wo sie konnten. Immer noch sind 10 von einst 17 RBMK-Reaktoren in Betrieb – so groß ist Russlands Energiehunger.

Einen ähnlichen Effekt sehen wir übrigens in Japan. Der verheerende Tsunami in Fukushima hat letztendlich in Deutschland mehr Kernkraftwerke zerstört als in Japan. In Japan laufen heute wieder 14 Kernkraftwerke nach Fertigstellung der Nachrüstung, in Deutschland keines mehr.

Zielstrebig entwickeln die Russen ihre Reaktortechnik weiter. Die modernen WWER1000 bzw. WWER1200 Reaktoren werden in Ägypten, Indien, Bangladesh, Ungarn, China, Türkei errichtet und sind westlichen Anlagen durchaus ebenbürtig. Sie sind mit über einem Dutzend laufender Projekte die meist verkauften Anlagen. Russland ist somit der aktivste Kernkraft-Exporteur weltweit. Auf dem zweiten Platz liegt China mit dem Hualong-One-Reaktor, einem eigenen Design. Südkorea hat mit dem Barakah-Projekt in den VAE einen großen Erfolg erzielt und strebt weitere Exporte an.

Frankreichs EPR-Reaktor ist leistungsstark, aber teuer und komplex – was die Exportzahlen begrenzt. Die USA waren früher im Kernkraftwerksbau führend, haben aber durch ideologisch motivierte regulatorische Hürden während der Biden-Zeit an Boden verloren. Und die Deutschen sind ganz weg vom Fenster.

Die russische Nuklearindustrie wird in der Politik maßlos unterschätzt. ROSENERGOATOM verfügt über umfangreiche Erfahrungen mit großen und kleinen Reaktoren und nahezu unbegrenzte Entwicklungskapazität. Sie ist die einzige Organisation weltweit, die seit Jahren den Dauerbetrieb von zwei natriumgekühlten schnellen Leistungs-Reaktoren, dem BN 600 und BN 800 in Bielojarsk, bewerkstelligen.

ROSATOM ist stark vereinfacht dargestellt, die staatliche russische Atomenergiebehörde mit 250.000 Mitarbeitern, die alle Bereiche der zivilen und militärischen Atomwirtschaft Russlands abdeckt. Rosatom ist auch für den Betrieb der 34 kommerziellen Kernkraftwerke sowie den

Neubau von sieben Kernkraftwerken (darunter auch der BREST-OD-300) verantwortlich. ROSATOM baute und betreibt die zwei 40 MW Reaktoren des schwimmenden Kernkraftwerks Academic Lomonossow sowie die Reaktoren der Eisbrecher-Flotte und der Atom-U-Boote.

Russlands ROSATOM hat ein Programm „Proryv“ (Durchbruch) aufgelegt. Es baut an einem System, das aus drei Komponenten besteht: Brennelementefabrik, Brut-Reaktor/herkömmliche Reaktoren und Wiederaufbereitungsanlage. Damit ist der Brennstoffkreislauf Kernenergie geschlossen und aus jedem Gramm Uran kann die zehnfache Menge an Strom gewonnen werden, als wir es von den herkömmlichen Wasserreaktoren gewöhnt sind. Deren „radioaktiver Abfall“ ist nämlich ein höchstwertiger Rohstoff, da er noch 95 Prozent der Energie enthält. Nach einer groben Abschätzung braucht Russland sechs Brutreaktoren, um 50 Druckwasserreaktoren mit Brennelementen zu versorgen. Allein mit den radioaktiven Brennelement-Abfällen aus den bestehenden Kernkraftwerken könnte Russland hunderte Jahre Strom erzeugen.

Seit vielen Jahren arbeiten die Russen an schnellen Brutreaktoren. Als einziges Land der Welt betreiben sie erfolgreich seit Jahren zwei Natriumgekühlte Leistungsreaktoren in Bielojarsk. Auf den dort gesammelten Erfahrungen aufbauend entsteht ein neuer SMR (Small Modular Reactor), der BREST-OD-300. Es handelt sich um einen bleigekühlten Schnellen Brüter der Generation IV. Das Wichtigste zuerst: Der BREST-OD-300 ist, wie fast alle Reaktoren seiner Generation, inhärent sicher. Das bedeutet, er benötigt im Fall einer Störung keine Fremdenergie zur Not- und Nachkühlung und kann nicht „durchgehen“. Er hat bereits eine Entwicklungszeit von 14 Jahren hinter sich. Seine Leistung ist thermisch etwa 700 MW und elektrisch etwa 300 MW. Die Anlage soll 2026/27 in Betrieb gehen. Der Standort BREST-OD-300 ist Seversk, Russland. Der Projektstart war 2011. Der Reaktor soll, wenn er in Serie geht, standortspezifisch Strom und Wärme für eine Fabrik oder Stadt und nebenbei Plutonium als Brennstoff für die laufenden Kernkraftwerke erzeugen. Sollten es die Russen schaffen, den BREST im nächsten Jahr zum Laufen zu bringen, gehören sie zur Spitzengruppe beim Wettkampf der Hochtechnologie-Nationen um die neue Generation von Kernkraftwerken.

Russland baut kaum neue Kohlekraftwerke, sondern konzentriert sich auf den Ausbau der eigenen Atomkraftwerke. Russland betreibt derzeit über 30 Reaktoren und plant den Bau neuer Anlagen. Darüber hinaus ist der Export von Kerntechnik über die staatliche Firma Rosatom in zahlreiche Länder – darunter Ägypten, Indien, China, Türkei und Ungarn im Fokus. Rosatom ist weltweit einer der führenden Anbieter von Kernkraftwerken und Urananreicherung.

Russland ist einer der größten Exporteure von angereichertem Uran. Viele Länder – auch in der EU – sind auf russische Lieferungen angewiesen, insbesondere für Reaktoren sowjetischer Bauart. Durch langfristige Verträge für Bau, Betrieb und Brennstofflieferung sichert sich Russland politischen Einfluss in Partnerländern. Die Abhängigkeit von russischer

Kerntechnik kann zu strategischen Bindungen führen.

Die EU reagiert auf diese Strategie mit Verboten und Sanktionen. Sie will neue Lieferverträge für russisches Uran beschränken und bis 2027 vollständig aus russischer Energie aussteigen, einschließlich Kernenergie. Das betrifft insbesondere das Verbot neuer Verträge mit russischen Lieferanten, Reduktion bestehender Spotverträge, Diversifizierung der Uranquellen und Ausbau eigener Kapazitäten. Russland hingegen verlagert seine Kooperation auf dem Energiesektor unter anderem auf Ägypten, die Türkei, Indien und China – um nur einige mit konkreten Großprojekten zu nennen.

Russlands Energiesektor bleibt das zentrale Element seiner Wirtschaft und Außenpolitik – doch die Kombination aus Sanktionen, militärischen Angriffen und globaler Neuordnung zwingt den Kreml zu tiefgreifenden Anpassungen. Dabei bleibt die Kernenergie ein wichtiges geopolitisches Instrument.

Russland ist ein riesiges Land mit enormen Vorräten an Energieressourcen. Eine Gefährdung der russischen Energieversorgung ist nach drei Jahren Krieg nicht abzusehen.

Gleichwohl, die Stromversorgung in Russland steht unter Druck – die Ukraine hat mehrfach russische Energieanlagen mit Drohnen attackiert – darunter Transformatoren und Nebengebäude von Atomkraftwerken, etwa in der Region Kursk. Dort stehen zwei stillgelegte RBMKs. Die Blöcke drei und vier, zwei RBMKs der zweiten Generation, sind jedoch in Betrieb. Angesichts ihrer Konstruktion wirkt das äußerst beunruhigend. Am gegenüberliegenden Ufer des Flusses Seim entsteht derzeit das neue KKW Kursk-II, das mit modernen WWER-1300-Reaktoren (Druckwasserreaktoren) ausgestattet wird – als Ersatz für die RBMK-Blöcke. Es bleibt zu hoffen, dass der Krieg gegen die Ukraine ein baldiges Ende findet.

Energiepolitisches Desaster: Energie-Ideologen drehen wie wild am Steuerrad

Manfred Haferburg zeichnet im Dreiteiler „Energiepolitik und Ideologie“ gelingende und zum Scheitern verurteilte Strategien nach. Im dritten Teil zeigt er am Beispiel Deutschlands, wie desaströse ideologiesteuerte Energiepolitik aussieht. Caro Trappe

Es gibt auf der Welt nur drei Energieträger, aus denen eine Zivilisation Nutzen schöpfen kann. Das ist zum einen die fossile Energie – Erdöl (ca. 29%), Kohle (ca. 23%) und Erdgas (ca. 24%). Sie versorgt die Welt derzeit mit 81% der Energie. Die zweite Energiequelle ist die Kernenergie, die mit etwa 10% zur weltweiten Energieversorgung beiträgt. Die dritte Energiequelle ist die sogenannte „Erneuerbare Energie“, bestehend aus Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Geothermie und Biomasse, die ungefähr 14% zur Primärenergieversorgung beitragen.

Im Jahr 2008 erzeugte Deutschland seinen Strom zu 55% aus fossiler Energie, zu 24% aus Kernenergie und zu 21% aus erneuerbarer Energie. Die Stromerzeugung beträgt etwas weniger als 25% des Primärenergieverbrauchs. Da die Erneuerbaren außer in der Stromerzeugung praktisch keine Rolle spielen, bedeutet das, dass der Anteil der Erneuerbaren am Primärenergieverbrauch im Jahr 2008 etwa bei 8% lag.

Durch gewaltige volkswirtschaftliche Anstrengungen in den letzten 17 Jahren, das bedeutet durch Ausgeben von etwa 600 Milliarden Euro an Steuermitteln, wurde dieser Anteil bis zum Jahre 2025 auf etwa 22% erhöht. Für die restlichen 78% bleiben Deutschland noch 20 Jahre bis zum angestrebten Ziel der Energiewende.

Am 3. Juli 2020 hielt Merkels unterwürfiger Lakai, der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, CDU eine denkwürdige Rede im deutschen Bundestag. Er sagte wörtlich: „Wir sind das einzige Industrieland dieser Größe, das gleichzeitig aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie und dann aus der Nutzung der Kohleverstromung aussteigt. Das sind die historischen Aufgaben und die Leistung, die wir zu vollbringen haben.“

Peter Altmaier sagte nicht, wer „uns“ diese „historische Aufgabe und Leistung“ denn aufgegeben hatte? Ist ihm ein Mann mit weißem Bart hinter einem brennenden Busch erschienen? Hat ihm ein geflügelter Engel eine Steintafel gereicht, auf der das in tiefen Runen eingeprägt war? Oder hat es ihm seine Kanzlerin in ihrem Büro zuguschelt? Wer auch immer es war, so war es doch der größte Unfug in der Energiegeschichte Deutschlands. Und wenn diese Torheit nicht aufhört und rückgängig gemacht wird, wird sie das Land zerreißen.

Wie konnte es soweit kommen? In Deutschland kam es mit dem erfolgreichen Marsch durch die Institutionen der linken 68iger zu einem Bruch der Energiestrategie. Seit den 70iger Jahren ist die deutsche Energiepolitik ein Tummelplatz linker Ideologen geworden, bei dem Dummköpfe und Scharlatane ans Ruder kamen. Seither schlingert das deutsche Energiepolitikschiff konzeptlos durch weltpolitisch schwere See dem Riff entgegen. Und je höher die Wellen schlugen, desto radikaler wurden die Tölpel am Steuer.

Die daraus entstandene Energiepolitik wurde zu einer radikalen, autoritär politischen Ideologie, die sich durch antidemokratische und oft gewaltbereite Merkmale auszeichnete. Der Betrieb der Kernkraftwerke wurde zu einer dreißigjährigen Achterbahnfahrt zwischen Förderungen, Ausstiegsbeschlüssen, Missbrauch der behördlichen Aufsichtsführung, Verboten von Transporten, erneuten Laufzeitverlängerungen und Enteignungen. Keine Regierung nach Kanzler Schröder fühlte sich noch an Recht und Gesetz gebunden, wenn es um Energie ging. Diese Willkür wucherte bald auch in jeder Säule der Energiepolitik. Über Nacht wurden Energieträger zu Freund und Feind erklärt. Und wehe dem, der Widerrede führte. Es entstand eine Art linker Öko-Faschismus light.

Jedoch frönt jede Art von Faschismus auch einem Kult der „absoluten Reinheit“. Kernkraftstrom wurde „toxisch und verstopfte die Leitungen“. Kohlestrom wurde „schmutzig“. Nicht nur, das etwas Toxisches oder Schmutziges unterdrückt wurde, nein, es musste völlig beseitigt und gründlich vernichtet werden – möglichst auf immer. Die Deutschen sind mit ihrer sprichwörtlichen deutschen Gründlichkeit besonders anfällig für derartig faschistoide Beseitigungsideologien. So wurden der Atomausstieg und der Kohleausstieg zu historischen Aufgaben und zur Leistung, die wir zu vollbringen haben. Und da es den Linken nie rein genug ist, entstand die deutsche „Kohlenstoffdioxid-Zero“-Politik ohne die Kernenergie. Diese unfassbar abwegige Politik wirkt bis heute zerstörerischer auf die Volkswirtschaft, als es jeder Gegner in einem Krieg tun könnte.

Es genügte den deutschen Grünlackierten nicht, siebzehn Kernkraftwerke abzuschalten. Es durfte keinen Weg zurück geben. Sie mussten nach ihrer Stilllegung komplett beseitigt werden. So wurde sofort nach dem Ausstieg ein Vorgang eingeleitet, der euphemistisch „Rückbau“ genannt wird und der dafür sorgt, dass sie unrettbar in kleine Stücke zersägt und zerhackt werden und vom Erdboden verschwinden.

Auch wenn ihre Ideologie völlig irrational ist, hatten die Grünlinken dennoch genug Weitsicht, jede Grundlage für die Rückkehr zur Kernkraft strategisch über viele Jahre mit einem Verhau von Gesetzen politisch zu verbauen. So verbietet heute in Deutschland ein „Atomgesetz“ jede kommerzielle Stromerzeugung mittels Kernkraft. Ein anderes deutsches Gesetz verbietet das Recycling von Kernbrennstoff – die Wiederaufbereitung. Sogar der Transport ist per Gesetz verboten. Mit der Novellierung des Atomgesetzes im Jahr 2002 wurde die Entsorgung bestrahlter Brennelemente auf die direkte Endlagerung beschränkt. Seit dem 1. Juli 2005 dürfen bestrahlte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken auch nicht mehr zur Wiederaufarbeitung ins Ausland transportiert werden. In Artikel § 7 des Atomgesetzes, heißt es, dass für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Wiederaufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe keine Genehmigungen mehr erteilt werden.

Systematisch wurde die Forschung über Kernenergie ausgetrocknet. Von 11 deutschen Forschungsreaktoren im Jahr 2005 sind 2025 noch sechs in Betrieb, die aber meist der medizinischen Forschung dienen. Vor 20 Jahren gab es in Deutschland 20 Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die Ausbildung in Kerntechnik, Radiochemie oder Strahlenschutz anboten. Heute gibt es noch 10 derartige Forschungseinrichtungen, die sich aber hauptsächlich mit Rückbau und Endlagerung befassen. Vor 20 Jahren betrieb Deutschland in Essen Kupferdreh das größte Ausbildungs- und Simulator-Zentrum für Kernenergie der Welt, das heute ein Zentrum für „Notfallwissenschaft“ und ein Campus für Kunst ist.

So widersinnig diese Ideologie auch ist, ihre Gesetze verbieten nicht den Import von französischem Kernenergiestrom, auf den Deutschland seit dem Ausstieg nahezu täglich angewiesen ist. Man kann mit Fug und Recht

sagen, dass seit dem Atomausstieg 2023 mindestens drei französische Kernkraftwerke für Deutschland Strom erzeugen. An vielen Abenden, wenn die Sonne untergegangen ist, werden sogar 10 Gigawatt, das Äquivalent von 10 Kernkraftwerken, importiert. Ein gutes Geschäft für die Franzosen und andere Nachbarländer, ein massiver Verlust für die deutschen Stromkunden.

Die Ökofaschisten begnügen sich aber nicht mit der Vernichtung der Kernenergie. Sie gaben der Gesellschaft ein weiteres absolutes Reinheitsziel auf: die „Zero-Null-Kohlenstoffdioxid“- Gesellschaft, die bis 2045 erreicht werden soll. Natürlich ist dieses Ziel absolut unerreichbar und auch völlig unsinnig. Die USA haben das Kohlenstoffdioxid von der Schadstoffliste gestrichen, weil es kein Schadstoff ist, sondern das Pflanzenwachstum anregt. Kohlenstoffdioxid ist ein wirksamer Pflanzendünger.

China und Indien scheren sich nicht um das CO₂-Alarmgeschrei der linken Ideologen und bauen vielfach mehr Kohlekraftwerke, als die westlichen Länder stilllegen können. Dadurch werden deren Einsparbemühungen obsolet. Blackrock, Goldman und Sachs, Bank of Amerika und einige weitere Finanzheuschrecken der unheiligen „Net-Zero-Banking-Allianz“, einer grünlackierten Geldabschöpfkelle der großen Transformation, haben die Allianz verlassen, weil sie anderswo frischen Billionengeruch ausmachen. Der große 97%-Klimakonsens ist gestolpert und fällt gerade weltweit auf die Gusche. Nur Deutschland hält die Klimafahne einsam und heldenhaft hoch.

Unter dem Gesichtspunkt der CO₂-Einsparung war schon der deutsche Kernkraftausstieg widersinnig, da Kernkraftwerke bekanntlich CO₂-neutral arbeiten. Aber es ging ja in Wahrheit gar nicht um CO₂, sondern es geht um sehr, sehr viel Geld, was man den Bürgern als CO₂-Abgaben abpressen konnte. Deshalb haben sich die deutschen Maschinenstürmer den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung und der fossilen energienutzenden Industrie auf die Fahnen geschrieben. Es interessiert sie nicht, dass dies den sinnlosen Selbstmord einer Industrienation bedeutet, deren Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß gerade mal 1,6% beträgt.

Für deutsche Ökofaschisten gibt es nur eine einzige „reine“ Energieform: die Nutzung von Wind- und Solarenergie, wenn man von den marginalen Beiträgen der Bio-Energie und der Wasserkraft absieht. Diesem Ziel wird alles untergeordnet: der Natur- und Artenschutz wurde zu Gunsten der Wind- und Solarenergie praktisch abgeschafft. Jetzt sind sie dabei, die Demokratie zu schleifen, um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen, die gerade bemerkt, dass durch die radikale „Energiewende“ auch der Wohlstand des Landes und seiner Bevölkerung zerstört wird.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele nutzen sie die typischen, in absolutistischen Systemen bewährten Mittel der Propaganda, der Angstmacherei, der Spaltung der Bevölkerung, der Bespitzelung und Repression Andersdenkender, sowie der Zensur und Abschaffung der

Meinungsfreiheit. Sie nutzen Sturmtruppen zur Durchsetzung ihrer Ideologie, aggressive und gewalttätige staatlich finanzierte Vorfeldorganisationen (NGOs) und die Erosion der staatlichen Gewaltenteilung zur schleichenden Errichtung einer Ökodiktatur. Schon werden Stimmen laut, die dies explizit fordern, da zur „Klimaretterung“ die Demokratie nicht geeignet – weil zu langsam – sei.

Die Corona-Repressionen waren nur eine Erprobung dessen, was gegebenenfalls an Klima-Repressionen in einer Öko-Diktatur durchgesetzt werden kann.

Die Grünlinken sind Melonenkommunisten – außen grün und innen rot. Es wird in Deutschland wieder einmal versucht, den stets aufs Neue scheiternden Sozialismus einzuführen, diesmal mit der grünen Übertünche der Ökologie. Und der Sozialismus wird aufs Neue unter der Hinterlassung einer Trümmerlandschaft scheitern. Schaut man auf die Energiewende, ist er schon gescheitert. Die Trümmer einer zerstörten Industrie werden in einer Landschaft voller trauriger kaputter Windmühlen und blauen halbzerschlagenen Solarglas-Wüsten umherliegen, einer Industriebrache, in der bedauernswerte Menschen ihr Dasein auf dem Niveau der dritten Welt fristen, wenn nicht die Vernunft zurückkehrt und den Energieideologen Einhalt gebietet.

Der Beitrag erschien in 3 Teilen zuerst bei TE hier und hier und hier

Auf die Nebenwirkungen unseres Handelns kommt es an

geschrieben von Admin | 2. Oktober 2025

Überlegungen zu ESG und Klima-Ethik

Edgar L. Gärtner

Psychologen wissen, dass man das Erwünschte nur selten erreicht, indem man versucht, es direkt anzusteuern. Oft landet man beim Gegenteil. Das gilt auch in Politik und Wirtschaft das heißt für die Ziele Frieden und Unternehmensgewinn bzw. persönlicher Erfolg. Es ist also wichtiger, sich auf Grundsätzliches statt auf quantitative Ziele zu konzentrieren. Menschliche Gesellschaften werden weniger durch Evidenzen und rationale Diskurse zusammengehalten als durch Missverständnisse. Wobei man zwischen produktiven und destruktiven Missverständnissen unterscheiden

kann. Wie ich auf dieser Plattform bereits vor über drei Jahren dargelegt habe, wurde die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft durch die missverständliche Formel „Soziale Marktwirtschaft“ geprägt. Das ist ein Pleonasmus, weil der Markt nach dem Familienleben ohnehin den zweitwichtigsten Ort gesellschaftlicher Kontakte darstellt. Die Leerformel erwies sich dennoch über einige Jahrzehnte lang als tragfähig und friedensstiftend. Die zur gleichen Zeit von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern geforderte „Soziale Gerechtigkeit“ wirkt hingegen polarisierend und ist aktuell in Form der „Klima-Gerechtigkeit“ destruktiv, wenn nicht selbstmörderisch.

In diesen Schlagworten schlägt sich das Ressentiment angeblich zu kurz gekommener gegen die (kapitalistische) Marktwirtschaft nieder. Das Gewinn- bzw. Profitmotiv, oft denunziert als Gier, hat heute schlechte Presse. Während bei echten, das heißt persönlich haftenden Mittelständlern der Zusammenhang zwischen dem Angebot von Dienstleistungen zur Befriedigung konkreter Bedürfnisse ihrer Kunden und dem Gewinnmotiv der Anbieter meist noch auf der Hand liegt, haben vor allem Großunternehmen oft Schwierigkeiten mit der Rechtfertigung ihrer Angebots- und Preispolitik. Deshalb wundert es nicht, dass die Manager der Konzerne in letzter Zeit gerne mit Organisationen zusammenarbeiten, die ihnen mithilfe zum Teil aufwändiger Systeme messbarer Indikatoren wie ESG (Environmental, Social, Governance), oder DEI (Diversity, Equity, Inclusion) und der Ausstellung kostenpflichtiger Zertifikate die ethische Ausrichtung und „Nachhaltigkeit“ ihrer Investitionen bescheinigen.

Investoren bekommen kalte Füße

Doch damit könnte bald Schluss sein. Wir haben an dieser Stelle ausführlich darüber berichtet, dass führende Investmentfonds und Großbanken sich aus dem Geschäft des virtuellen Klimaschutzes zurückziehen. Selbst die „New York Times“, die lange als eine Art Zentralorgan der internationalen Klima-Bewegung fungierte, hat inzwischen den Klima-Wahn für beendet erklärt. Ihnen dämmert die Erkenntnis, dass die Politik Milliarden-, wenn nicht Billionen-Investitionen veranlasst hat, denen kein messbarer Nutzen gegenübersteht – außer bei der Minderheit der Nutznießer angeblich wissenschaftlich begründeter staatlicher Auflagen. So fragen jetzt nicht nur gebeutelte Steuerzahler, sondern auch jene, die ihre Altersvorsorge politisch korrekten, d.h. nach ESG-Kriterien zertifizierten Investitionsfonds anvertraut haben, nach dem Sinn der ganzen Veranstaltung. Statt der klimapolitisch erwünschten Gleichschaltung des Wirtschaftslebens gilt nun in wachsendem Maße die Devise: „Rette sich wer kann!“

Es lässt sich zum Beispiel experimentell nicht klären, ob die Zunahme der Konzentration des atmosphärischen Spurengases Kohlenstoffdioxid (CO₂), wie die ESG-Vorschriften behaupten, den Klimawandel hervorruft oder eine Folge des Klimawandels ist. Es lässt sich nicht beweisen, dass Erdöl und Erdgas begrenzte Ressourcen sind. Das führt zu Fragen wie:

Gibt es überhaupt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen „fossilen“ und „erneuerbaren“ Rohstoffen? Kann die „Energiewende“, die wahrscheinlich Billionen kosten wird, überhaupt funktionieren?

Diese Fragen werden von einer aufgeregten, aber Ton angehenden Szene ausgeblendet, weil das Ziel „Klimaschutz“, was immer auch darunter zu verstehen sein mag, gar nicht die Verbesserung des natürlichen und /oder gesellschaftlichen Klimas ist, sondern die Befriedigung narzisstischer Bedürfnisse der grünen Aktivisten in Regierungen und so genannten Nicht-Regierungs-Organisationen.

Welchem Kompass können wir folgen?

Damit bin ich mitten im Thema dieses Aufsatzes: Wir Menschen haben zwar grundsätzlich die Möglichkeit, verschiedene Konsequenzen unserer Handlungen (einschließlich unseres eigenen Todes) vorausszusehen und aus kurz- und mittelfristiger Sicht zielgerichtet zu handeln. Wir gelten zwar als mit einem freien Willen begabte Abbilder Gottes, doch fehlt uns die Fähigkeit, komplexe Prozesse in Natur und Gesellschaft ganzheitlich zu begreifen und in die fernere Zukunft zu schauen. Diese Fähigkeit ist nach Überzeugung des führenden mittelalterlichen Philosophen Thomas von Aquin Gott vorbehalten. Selbst der „Aufklärer“ Emmanuel Kant ging davon aus, dass wir Menschen nur beobachtbare Trends um einige Jahre zu extrapolieren vermögen und jedenfalls kein Allwissen erlangen, sondern nur so genannten regulativen Ideen folgen und aus Beobachtungen von Datenmustern und Experimenten unter kontrollierten Randbedingungen relative bzw. provisorische Wahrheiten ableiten können.

Zu den regulativen Ideen gehören die Begriffe Freiheit und Wahrheit, die in der Lage sind, Leidenschaften und Kampfesmut zu fördern. Gläubige Christen sind überdies davon überzeugt, dass uns das Wort Gottes in der Bibel zumindest einen Zipfel der absoluten Wahrheit offenbaren kann, wofür allerdings eine oberflächliche Lektüre in der Regel nicht ausreicht. Wichtige naturwissenschaftliche Erkenntnisse wie etwa Einsteins Relativitätstheorien sollten m.E. auch von Skeptikern als Offenbarungen gewertet werden, weil sie nicht experimentell hergeleitet wurden. Ohne festen Glauben an geoffenbarte Empfehlungen und Wahrheiten wie den Dekalog von Moses ist es schwer, im Leben einen Kompass zu finden. Auch Nicht-Christen tun m.E. gut daran, sich an diese Einsicht zu halten. Denn wer diese verdrängt, verliert leicht den Zweck jedes privaten Unternehmens, Gewinn zu erwirtschaften, aus dem Blickfeld und landet beim Versuch, angemessenes Wissen koste es, was es wolle mit gewaltsamen Methoden umzusetzen und sich dadurch zumindest in der Propaganda an Gottes Stelle zu setzen – auch wenn das Unternehmen dabei mittelfristig baden geht.

Ordo amoris statt Größenwahn

Tiefere Ursache dieser Anmaßung ist die seit der „Aufklärung“ im 18.

Jahrhundert fortschreitende Entchristlichung Europas und des gesamten „Westens“. Denn in der Scholastik des christlichen Mittelalters stand es außer Frage, dass Gott und nur Gott für das große Ganze zuständig ist, während die Menschen nur wenige Zusammenhänge durchschauen und in ihrem Handeln nur begrenzten Interessen nachgehen können. Das hat der Dominikaner Thomas von Aquin (gest. 1274) in seinem Hauptwerk „Summa theologiae“ auf den Punkt gebracht: *„Das Gut der ganzen Welt ist nun aber das, was von Gott erfasst wird, der ja der Schöpfer und Lenker der Welt ist. Daher will er alles, was er will, im Blick auf das allen gemeinsame Gute, das sein Gutsein selbst ist; dieses ist nämlich das Gut der ganzen Welt. Die Erfassungsweise des Geschöpfes geht aber seiner Natur gemäß auf ein besonderes Gut – wie es seinem Wesen entspricht.“*

Hienieden „ganzheitliche“ Problemlösungen bzw. das absolut Gute anzustreben, galt deshalb zu Recht als blasphemisch. Wer so handelte, musste mit der Strafe Gottes (bzw. der Selbstbestrafung) rechnen, denn die meisten Menschen gingen nicht ohne Grund davon aus, dass jeder Versuch, Gott zu spielen, im Chaos enden würde. Die Menschen sollten sich stattdessen auf das Wohl ihrer Familie, ihrer Glaubensgenossen, ihrer Kommune und ihrer Nation, d.h. (in den Worten der Bibel) „die Nächsten“ konzentrieren. Die katholische Soziallehre spricht mit Hinweis auf Thomas von Aquin vom „ordo amoris“: die eigene Familie an erster Stelle, dann Angehörige meines Volkes bzw. der politischen Nation und die weltweiten Glaubensgenossen und ganz zuletzt die Menschheit. Allgemeine Menschenrechte gibt es in der Bibel nicht, dafür aber Pflichten, eben die 10 Gebote.

Wir wissen heute nicht zuletzt aus den Erfahrungen mit der von politisch-ideologischem Wunschdenken angestoßenen Umwandlung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in die Europäische Union (EU), dass die Nation bzw. der Nationalstaat die größte Gemeinschaft ist, mit der sich normale Individuen noch spontan identifizieren können. Probleme, die anscheinend zu groß sind für einzelne Nationalstaaten, können kein Argument für den Aufbau internationaler oder gar globaler Verwaltungsstrukturen in Form eines Weltstaates sein. Dieser wäre notwendigerweise totalitär. Mit der Wahrung der individuellen Freiheit und Eigenverantwortung vereinbar wäre nur die Anerkennung unlösbarer Probleme wie des Klimawandels oder auch der ungewollten Verbreitung potenziell gefährlicher Viren als „höhere Gewalt“, mit der die Menschen irgendwie leben lernen müssen.

Balanceakt zwischen Demut und Wissensanmaßung

Eine Ethik der Verantwortung anstelle einer repressiven Gesinnungsethik ist deshalb ein Balanceakt zwischen Demut und Wissensanmaßung. Das Neue Testament fordert von uns keine unbegrenzte Verantwortung, sondern ein konzentrisches System abgestufter Verantwortung. Nach dem Evangelisten Matthäus lauten Jesu Worte: *„Ehre deinen Vater und deine Mutter. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“* (Mt 19,19) Von „Fernstenliebe“, wie sie der verstorbene Papst Franziskus oder Ex-Bundeskanzlerin Angela

Merkel gegenüber dem Strom illegaler Migranten aus muslimischen Ländern gefordert hat, ist nicht die Rede. Thomas von Aquin sprach die noch heute gültige Warnung aus: *„Gerechtigkeit ohne Barmherzigkeit ist Grausamkeit; Barmherzigkeit ohne Gerechtigkeit ist die Mutter der Auflösung.“*

Die jüdisch-deutsche bzw. amerikanische Philosophin Hannah Arendt (1906-1975) hat in ihrem Meisterwerk „Vita activa“ (1958, 1960) betont, dass es uns Menschen nicht möglich ist, mit unseren Handlungen Ungerechtigkeit vollständig zu vermeiden. Versprechen und deren versuchte Einlösung auch unter widrigen Umständen schränken die Unvorhersagbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen ein. Als Heilmittel gegen die Unwiderrufbarkeit unbefriedigender Handlungsergebnisse fungiert die menschliche Fähigkeit zum Verzeihen. Dieses bezieht sich nur auf die handelnde Person, nicht auf die Sache. Die Kultur der Vergebung, zu der sich echte Christen im täglichen Vaterunser bekennen, verdrängt die kannibalistische Kultur der Rache, die in vorchristlichen Gesellschaften leicht die Oberhand gewinnt. Das ist einer der wichtigsten Beiträge der christlichen Kultur zum Gemeinwohl.

Mit den 10 Geboten des Moses, eigentlich Regeln, die im Futur und nicht im Imperativ formuliert sind (den einen Gott respektieren, nicht morden, nicht stehlen, nicht ehebrechen, nicht neiden), beginnt aus christlicher Sicht das Ende der kannibalistischen Vorgeschichte der Menschheit. Nach Ansicht des liberalen Wirtschaftsnobelpreisträgers Friedrich-August von Hayek handelt es sich dabei um *„Regeln, die uns zwar nicht sagen, was in dieser Welt geschieht, aber sagen, dass uns wahrscheinlich nichts geschehen wird, wenn wir sie befolgen.“*

Nur die freie Marktwirtschaft ist ohne Abstriche mit dem Dekalog vereinbar. Denn das Gebot *„Du wirst/sollst nicht stehlen“* lässt nur freiwilligen Tausch zu beiderseitigem Vorteil zu. Allerdings käme eine totale Marktwirtschaft mit anderen Forderungen des Dekalogs in Konflikt. Das ist bei Geschäften mit Sklaverei, Prostitution, Leihmutterschaft und Kinderhandel zweifelsohne der Fall. Nicht nur die größtenwahnsinnige Planwirtschaft, sondern auch das auf allgemeine Regeln – unter Abstraktion vom Inhalt des Tausches – verkürzte und zum Allheilmittel erklärte Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kann zur totalitären Repression führen.

Bibel und Marktwirtschaft

Überdies erscheint es mir als sehr bedenklich, wenn Marktmechanismen funktionalisiert werden sollen, um bestimmte politische und/oder moralische Ziele anzusteuern. Westeuropa und Nordamerika sind nicht primär durch die Verkündigung und Durchsetzung frommer Bekenntnisse und moralischer Grundsätze (vorübergehend?) zu den dynamischsten und wohlhabendsten Regionen der Welt geworden, obwohl die sicher auch eine Rolle spielten, sondern infolge des Schutzes des Privateigentums sowie der individuellen Freiheit und Verantwortung. Beides fußt nicht ausschließlich auf dem Dekalog, sondern auch auf der klassischen

griechischen Philosophie und dem römischen Recht. Es war die enge Verbindung dieser drei geistigen Strömungen, die die Kultur der Renaissance, die Philosophie der Freiheit, den Aufschwung der wissenschaftlichen Forschung und die industrielle Revolution ermöglicht hat. (Der Aufschwung von Naturwissenschaft und Technik im Mittelalter wurde übrigens dadurch begünstigt, dass nicht weltliche Mächte mit ihren beschränkten konkurrierenden Interessen, sondern die Kirche dafür zuständig war. Das wollen viele heute nicht wahrhaben.)

Fazit: Ohne die Bibel wären Europa und der ganze Westen nicht geworden, was sie sind, bis vor kurzem also die wirtschaftlich und kulturell erfolgreichste Region der Welt. Dass unsere Stärke zu einem beträchtlichen Teil aus dem Geist der Bibel kommt, müssen sich die Europäer heute allerdings von einem Inder erklären lassen. Ich meine damit „Das Buch der Mitte“ von Vishal Magalwadi. Wichtig ist dabei, dass in Europa und Nordamerika nur selten eine direkte Politik für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand gemacht wurde. Beides waren Nebenwirkungen einer Politik, die im Einklang mit dem Dekalog Eigentum und wirtschaftliche Freiheit begünstigte. Deshalb warne ich immer vor einer Politik, die Ziele wie Wohlstand oder „soziale Gerechtigkeit“ proklamiert. Beide können nur Nebenprodukte der Marktwirtschaft sein. In Europa und Nordamerika hat bis vor kurzem im Widerspruch zum in der US-Verfassung erwähnten „*Pursuit of Happiness*“ (Streben nach Glück) nie das Lustprinzip gegolten. Dieses galt nicht, wie die US-Verfassung vielleicht nahelegen könnte, als allgemeines Menschenrecht. Wäre Glück das primäre Ziel unseres Handelns, könnte man auch Drogen nehmen. Für Christen gelten stattdessen die Worte Jesu: „*Wer mein Jünger sein will, der verleugne sich selbst, nehme sein Kreuz auf sich und folge mir nach.*“ (Mt 16,24). Das oberste Ziel jedes Einzelnen sollte die Rettung seiner Seele sein. Ganz nebenbei entsteht dadurch auch materieller Wohlstand.